



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Probstzella
(PROBS/GV/04/2018) vom 29.10.2018

Anwesend:

Bürgermeister/in

Angela Maaß

1. stellv. Bürgermeister/in

Petra Pluhar

2. stellv. Bürgermeister/in

Thomas Schröder

Mitglieder

Ralf Debus

Hartmut Frischbier

Carolin Grundt

Manfred Knorre

Klaus Robert Pfeiffer

zu TOP 3 ab 19.05 Uhr

Angelika Schlauderbach

Ulrike Schneider

Rolf Timm

Götz Wolf-Schwerin

Protokollführer/in

Sönke Körber

Abwesend:

Mitglieder

Frank Arp

fehlt entschuldigt

Beginn: 19:00 Uhr

Ende 22:00 Uhr

Ort, Raum: 24253 Probstzella, Schloßstr. 16, "Schloß Hagen" -
Kaminsaal-

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)
3. Nachwahlen zu den Ausschüssen
4. Einwohnerfragestunde

5. Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 19.06.2018
6. Feststellung der Gültigkeit der Gemeindewahl vom 06.05.2018 (Nachwahl vom 27.05.2018) PROBS/BV/034/2018
7. Ernennung der Eheschließungsstandesbeamtin
8. Lärminderungsplanung nach dem Sechsten Teil des Bundesimmisionsschutzgesetzes (Überprüfung) PROBS/BV/033/2018
9. Sachstandsbericht Projekt "Feuerwehrgerätehaus"
10. Bericht über die im 1. Halbjahr 2018 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben PROBS/BV/032/2018
11. "Villa Wiese"; Nutzungsänderung
12. B-Plan Nr. 13 "Wulfsdorfer Weg"; hier Regenwasserentsorgung
13. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2018 PROBS/BV/036/2018
14. Glasfaserausbau Petersberg, Wulfsdorf, neues B-Plan-Gebiet; Einleitung Interessenbekundungsverfahren
15. Bekanntgaben und Anfragen / Mitteilung der Bürgermeisterin
16. Verschiedenes
17. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Maaß eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die Mitglieder der Gemeindevertretung, die anwesenden bürgerlichen Mitglieder, die Mitglieder des Umweltbeirates und die zahlreichen Zuhörer. Sie stellt fest, dass die Einladung den Mitgliedern der Gemeindevertretung form- und fristgerecht zugegangen ist.

TO-Punkt 2: Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)

Auf Antrag von Herr Timm wird der TOP 12 „Villa Wiese“; Nutzungsänderung vor den TOP 10 gesetzt, da er Auswirkungen auf den Nachtragshaushalt hat.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Auf Nachfrage von Frau Schneider berichtet Frau Maaß, dass es hinsichtlich eines Beschlussvorschlages zu TOP 12 (alt) eine Empfehlung des Finanz- und Lenkungsausschusses gebe.

Frau Maaß bittet noch als TOP3 „Nachwahlen zu den Ausschüssen“ aufzunehmen, da sich durch die Erklärung von Herrn Arp, aus beruflichen Gründen seinen Sitz im Werkausschuss aufzugeben, entsprechender Bedarf ergeben hat.

Es ergeht folgender

Beschluss:

„Nachwahlen zu den Ausschüssen“ wird als neuer TOP 3 aufgenommen. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

An dieser Stelle erklärt Herr Timm, dass er nunmehr Vorsitzender der CDU-Fraktion ist.

TO-Punkt 3: Nachwahlen zu den Ausschüssen

Um 19.05 Uhr erscheint Herr Klaus Robert Pfeiffer.

Für den ausscheidenden Herrn Arp wird im Werk- und Verkehrsausschuss und Ausschuss für die Belange des Schlosses Hagen und seines Umfeldes Herr Fred Schlaak von der CDU-Fraktion vorgeschlagen. Weitere Vorschläge ergehen nicht. Geheime Wahl wird nicht gewünscht.

Es ergeht folgendes

Wahlergebnis:

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 4: Einwohnerfragestunde

Herr Fister fragt, ob die Bürgermeisterin schon den Status des Teiches an der Schule klären konnte. Sie berichtet, dass hierzu am 06.11.2018 ein Termin bei der Wasserbehörde des Kreises Plön stattfindet.

Herr Fister bittet darum, dass sich die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter kurz vorstellen, was diese dann auch vornehmen.

Herr Gromke weist auf die Bekanntmachung zur Rattenbekämpfung hin und fragt, ob es auch eine Bekanntmachung in den ON geben wird. Frau Maaß weist darauf hin, dass für den ON schon Redaktionsschluss war. Es wird aber Aushänge in den Bekanntmachungskästen geben.

TO-Punkt 5: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 19.06.2018

Inhaltlich werden gegen die Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 19.06.2018 keine Einwände vorgebracht. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

**TO-Punkt 6: Feststellung der Gültigkeit der Gemeindewahl vom 06.05.2018
(Nachwahl vom 27.05.2018)
Vorlage: PROBS/BV/034/2018**

Nach kurzer Einführung und Erläuterung der allen vorliegenden Vorlage ergeht folgender

Beschluss:

Die Gemeindevertretung trifft folgende Feststellungen:

1. Sämtliche gewählten Vertreterinnen und Vertreter waren wählbar.
2. Bei der Vorbereitung der Wahl und bei der Wahlhandlung sind Unregelmäßigkeiten, die das Wahlergebnis in der Gemeinde oder die Verteilung der Sitze aus den Listen beeinflusst haben könnten, nicht aufgetreten.
3. Die Feststellung des Wahlergebnisses ist ordnungsgemäß und richtig erfolgt.
4. Aufgrund des Ergebnisses der Vorprüfung wird die Gemeindewahl vom 06.05.2018 in Gestalt der Nachwahl vom 27.05.2018 für gültig erklärt.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 7: Ernennung der Eheschließungsstandesbeamtin

Amtsdirektor Körber erläutert kurz den rechtlichen Hintergrund und geht dabei auch auf die Eheschließungsstandesbeamten Frau Lüneburg und Herrn Pfeiffer, die diese Tätigkeit ebenfalls innehatten, ein. Er bedankt sich bei Frau Maaß, die den erforderlichen Lehrgang bereits absolviert hat, für deren Bereitschaft, dieses Amt ebenfalls auszuüben. Es sei nicht nur ein Beitrag zur Attraktivierung des Schlosses Hagen sondern auch eine bedeutsame Ergänzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes. Er spricht Frau Maaß großen Dank für diese Bereitschaft aus und bestellt Frau Maaß durch Überreichen und Verlesen der Bestellungsurkunde zur Eheschließungsstandesbeamtin für die Gemeinde Probsteierhagen.

**TO-Punkt 8: Lärminderungsplanung nach dem Sechsten Teil des Bundesimmisionsschutzgesetzes (Überprüfung)
Vorlage: PROBS/BV/033/2018**

Bürgermeisterin Frau Maaß erläutert den Sachverhalt und geht dabei auch auf die allen vorliegende Vorlage ein. Die Auslegung sei erfolgt und Stellungnahmen seien nicht eingegangen. Nach rechtlichen Nachfragen von Herr Pfeiffer zum Verfahren und von Herrn Timm zur Eisenbahn, die von Herrn Körber und Frau Maaß beantwortet werden, ergeht folgender

Beschluss:

1. Die Gemeindevertretung beschließt, den der Verwaltungsvorlage PROBS/BV/033/2018 anliegenden Entwurf eines Aktionsplanes (Überprüfung nach § 47 d Abs. 5 BlmSchG).
2. Der Plan ist öffentlich bekanntzumachen.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 9: Sachstandsbericht Projekt "Feuerwehrgerätehaus"

Frau Maaß erläutert den Hintergrund zum Thema und geht dabei auf den Zustand des Feuerwehrhauses und die daraus bedingten Handlungsnotwendigkeiten ein. Sie berichtet von der Idee, sich dieses Themas in Form einer Projektarbeit zu nähern und dieses einschließlich eines sog. Projektmanagements auszuführen. Sie weist außerdem auf das aktuelle Förderprogramm des Landes und den maßgeblichen Stichtag 13.09.2019 hin. Sie richtet einen Appell zur Mitarbeit an die Anwesenden aus und erläutert anhand einiger Folien die maßgeblichen Bausteine des Projektes.

Herr Timm begrüßt für die CDU-Fraktion das Vorgehen, weist aber darauf hin, dass es keine Garantie auf Erfolg gäbe. Er rechne mit einer Dauer von 4 - 5 Jahren, da das Projekt sehr komplex sei. Das Förderprogramm sei in diesem Jahr deutlich überzeichnet und ggfs. müssten noch Planverfahren durchgeführt werden. Er rechnet mit Kosten von ca. 2 – 3 Mio. Euro, so dass ggfs. auch mit Übergangslösungen zu rechnen sei. Er erklärt aber die Bereitschaft zur Unterstützung und hofft auf Erfolg.

Frau Maaß erläutert noch, dass die Ergebnisse des Projektes im Internet zugänglich gemacht werden sollen. Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, das Projekt „Neues Feuerwehrhaus“ in der dargestellten Struktur des Projektmanagements durchzuführen.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 10: Bericht über die im 1. Halbjahr 2018 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben Vorlage: PROBS/BV/032/2018

Frau Maaß erläutert den Sachverhalt und die allen vorliegende Vorlage. Herr Timm ergänzt, dass hinsichtlich der Ausgaben auch dagegenstehende Einnahmen festzustellen sind.

Frau Schneider weist noch auf einen redaktionellen Fehler bei der Haushaltsstelle 9100.80800 hin.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung nimmt die im 1. Halbjahr 2018 entstandenen unerheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben gem. Vorlage zur Kenntnis.

Den geleisteten erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben gem. Vorlage wird die Zustimmung erteilt.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 11: "Villa Wiese"; Nutzungsänderung

Frau Maaß berichtet von dem Sachstand und den Vorberatungen im zuständigen Ausschuss. Im Jahr 2016 sei ein Beschluss zum Umbau u.a. für ein Büro und einen Begegnungsraum gefasst worden. Fördermittel in Höhe von 49.000,-- € seien aquiriert worden. In den Vorberatungen sei man zum Schluss gekommen, dass genügend Begegnungsmöglichkeiten im Ort vorhanden seien und für die dauerhafte Finanzierung der Einrichtungs- und Unterhaltungskosten keine Gegenfinanzierung bestünde. Der planende Architekt habe lt. Frau Maaß bestätigt, dass ein Umbau ohne „große“ Zusatzkosten möglich sei.

Sie schlägt daher vor, den alten Beschluss aufzuheben und zu beschließen, dass ein Umbau der Villa Wiese in zwei Wohnungen im EG erfolgt. Eine entsprechende Nutzungsänderung wäre zu beantragen. Frau Maaß verweist auf Berechnungen hin, die zwar Annahmen enthielten, aber aus der zu entnehmen sei, dass auf diese Weise durchaus mit einer sog. schwarzen Null gerechnet werden könne. Auch seien die Unterhaltungs- und Einrichtungskosten einer Begegnungsstätte nicht unbeachtlich. Außerdem sei ein späterer Verkauf sicher einfacher möglich, wenn er denn gewollt sei.

In der sich anschließenden Diskussion weist Frau Schneider auf die Zweckbindung von „nur“ 5 Jahren hin. Der beim Entfallen der Fördermittel aufzunehmende Kredit habe eine deutlich längere Laufzeit. Sie ist der Auffassung, dass sich das nicht rechnen kann.

Herr Pfeiffer verliest eine persönliche Erklärung, die er bittet, zu Protokoll zu nehmen. Er weist auf weitere Nutzungsmöglichkeiten hin, die sich bei Einrichtung einer Begegnungsstätte ergeben und entwickeln könnten. Außerdem sei das Projekt verschiedenen Nutzergruppen bereits vorgestellt worden. Dabei sei die Befristung gemeindlicher Zuschüsse für die Nutzergruppen im Kontext dieser Maßnahme immer kommuniziert worden. Er bittet darum, sich noch einmal Gedanken zu machen und keine übereilten Entscheidungen zu treffen. Er bezweifelt auch die vorgetragene Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Herr Schröder führt aus, dass schon aus finanziellen Gründen vermieden werden muss, dauerhafte Kostenträger zu schaffen.

Herr Timm bezweifelt die Berechnung und bedauert, dass diese trotz Nachfrage nicht offengelegt wurde. Er schlägt vor, diese Berechnung noch einmal im Gremium offenzulegen und zu diskutieren. Er weist auf die Genehmigungspflicht zur Aufnahme von Krediten hin. Er befürchtet eine Verschlechterung der Finanzsituation der Gemeinde.

Herr Pfeiffer verweist noch einmal auf seine Erklärung, deren Fakten er belegen könne. Nach seiner Ansicht würden auch neue Kosten für den planenden Architekten entstehen. Auf seine Nachfrage erläutert Herr Knorre für die WGP, dass entsprechende Annahmen in den Berechnungen enthalten seien.

Herr Debus begegnet, dass bisher nur Umbauten erfolgt seien, die ohnehin notwendig gewesen sind bzw. waren. Herr Pfeiffer widerspricht dieser Aussage. Herr Debus erklärt, er habe hierzu mit dem Architekten gesprochen.

Herr Timm erklärt noch einmal, dass er sich gewünscht hätte, die Berechnung offenzulegen. Er appelliert, diese noch einmal in Ruhe gemeinsam zu prüfen und eine Entscheidung nicht „übers Knie“ zu brechen. Er bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Frau Maaß befürchtet im Falle eines Verzuges von Entscheidungen einen Baustopp.

Frau Schneider findet es bedenklich, nur auf Basis von Annahmen Entscheidungen zu treffen.

Herr Lemke berichtet als Vorsitzender des Finanz- und Lenkungsausschusses aus den Vorbereitungen und den Aufgabenstellungen des Ausschusses. Es sei dessen Aufgabe, Lenkungsaufgaben und strategische Entscheidungen vorzubereiten. Er geht noch einmal auf die vorgenommene Berechnung ein und erläutert, dass ggfs. auch ein kleines „Minus“ herauskommen könne. Dies sei aber jedenfalls kleiner, als beim Festhalten an der bisherigen Beschlusslage.

Es erfolgt eine Sitzungspause von 20.45 Uhr bis 20.54 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung übergibt Bürgermeisterin Frau Maaß das Wort an Herrn Knorre.

Herr Knorre beantragt, den Beschluss zu fassen, die Räumlichkeiten im Untergeschoss der „Villa Wiese“ dahingehend um zu nutzen, dass 2 Wohnungen eingebaut werden. Der Beschluss zur Herrichtung einer Begegnungsstätte soll aufgehoben werden.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Räumlichkeiten im Untergeschoss der „Villa Wiese“ sollen dahingehend um genutzt werden, dass 2 Wohnungen eingebaut werden. Der Beschluss zur Herrichtung einer Begegnungsstätte soll aufgehoben werden.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 5	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 12: B-Plan Nr. 13 "Wulfsdorfer Weg"; hier Regenwasserentsorgung

Frau Maaß berichtet, dass zur Entwicklung des Baugebietes am Wulfsdorfer Weg u.a. die Entlassung aus dem Landschaftsschutz notwendig sei. Außerdem sei eine FFH-Prüfung notwendig. Dies erfordere, dass der Nachweis erbracht werden müsse, dass insbesondere mit Blick auf die Hagener Au und der Fragestellung der ordnungsgemäßen Entsorgung des Regenwassers keine Verschlechterung eintrete. Erste Einschätzungen des Ing.-Büros ergaben verschiedene technische Möglichkeiten, die zum Teil nebeneinander in Frage kämen. So eine Erstellung eines Rigolensystems ebenso in Betracht gezogen worden, wie die Einbeziehung von Grünflächen als Möglichkeit zur Versickerung. Die Systematik des Wasserhaushalts bestehend aus Verdunstung, Versickerung und Abfluss sei im Bau- und Umweltausschuss eingehend diskutiert worden. Trotz aller beschriebenen Möglichkeiten ist die Errichtung von entsprechend dimensionierten Regenrückhaltebecken gleichwohl erforderlich. Allerdings würde es wohl gelingen, mit einer Kombination aus allen technischen Möglichkeiten, das anfallende Regenwasser den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechend zu entsorgen.

Im Zuge der Aussprache weist Herr Pfeiffer noch einmal auf die notwendige Klärung des Rechtsstatus des Teiches an der Schule hin.

Nach kurzer Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stimmt der beschriebenen Kombination aus verschiedenen technischen Möglichkeiten zur schadlosen Beseitigung des anfallenden Regenwassers zu.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Nach der Abstimmung ergänzt Frau Maaß, dass in den nächsten Schritten der Antrag auf Entlassung aus dem Landschaftsschutz erfolgen wird und dass in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses über die Details eines Bebauungsplanes zu sprechen sein wird.

**TO-Punkt 13: 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2018
Vorlage: PROBS/BV/036/2018**

Frau Maaß weist in ihren Erläuterungen zum Nachtragshaushaltsplan darauf hin, dass die in Sachen „Villa Wiese“ getroffene Entscheidung berücksichtigt sei. Die Kreditaufnahme wird aufgrund des Verzichts auf die Inanspruchnahme der Fördermittel steigen. Ergänzend berichtet der Vorsitzende des Finanz- und Lenkungsausschusses aus den Beratungen im Ausschuss. Es entstehe ein sog. Sollfehlbetrag, der sich auch auf die nächsten Haushaltsjahre auswirken werde. Ursächlich sei aber auch insbesondere die Entwicklung bei der Gewerbesteuer. Er erläutert noch einzelne wesentliche Positionen.

Im Zuge der Aussprache erläutert Herr Pfeiffer, dass er dem Haushalt wegen der Entscheidung in Sachen „Villa Wiese“ nicht zustimmen kann. Herr Timm schließt sich an.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die vorliegende 1. Nachtragshaushaltssatzung nebst vorliegendem Nachtragshaushaltsplan und den Anlagen sowie das Investitionsprogramm.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 5	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 14: Glasfaserausbau Petersberg, Wulfsdorf, neues B-Plan-Gebiet; Einleitung Interessenbekundungsverfahren

Frau Maaß berichtet von den bisherigen Aktivitäten und dem Ausbau der Deutschen Glasfaser, die wegen nicht genügender Nachfrage gewisse Ortsteile nicht ausgebaut habe. Entsprechende Nachfragen bei der Deutschen Glasfaser seien erfolglos verlaufen. Sie berichtet des Weiteren von Befassungen im Werkausschuss im Kontext der Entwicklung eines Baugebietes am Wulfsdorfer Weg. Sie berichtet außerdem, dass Sie ein Gespräch mit dem Amtsdirektor zu den rechtlichen Hintergründen in Sachen Breitbandversorgung durch die Kommunen geführt habe und berichtet über die rechtlichen Rahmenbedingungen. Amtsdirektor

rektor Körber erläutert, dass es einen Unterschied gäbe zwischen einem Interessenbekundungsverfahren und einem Markterkundungsverfahren. Mit letzterem müsse der Nachweis erbracht werden, dass es ein Marktversagen gäbe. Seinerzeit habe das Amt dieses auch für die Gemeinde Probsteierhagen durchgeführt. Nur beim Nachweis eines Marktversagens im Rahmen der rechtlichen Vorgaben ist es der kommunalen Hand überhaupt erlaubt, in diesem Bereich tätig zu werden. Durch den bisherigen privatwirtschaftlichen Ausbau der Deutschen Glasfaser könnte sich die Ausgangssituation in der Gemeinde erschwert haben.

Frau Maaß berichtet, dass Sie zunächst das Gespräch mit dem Breitbandkompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein suchen wird, um ggfs. mehrgleisig zu fahren.

Nach Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens zum privatwirtschaftlichen Ausbau der Breitbandversorgung. Es sollen parallel Gespräche mit dem Breitbandkompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein geführt werden.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 15: Bekanntgaben und Anfragen / Mitteilung der Bürgermeisterin

Frau Maaß berichtet, dass das Fahrzeug TLF8 der Feuerwehr für 18.500,-- € verkauft wurde. Der Schätzpreis lag bei 15.500,-- €.

TO-Punkt 16: Verschiedenes

Frau Schneider begrüßt die Initiative, die Tagesordnungspunkte und Erläuterungen per Beamer in der Sitzung der Öffentlichkeit zu präsentieren. Herr Knorre ergänzt, dass er das auch für die Ausschusssitzungen begrüßen würde.

TO-Punkt 17: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

Nach kurzer rechtlicher Erläuterung ergeht folgender

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 18 – 21 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

gez. Angela Maaß
- Bürgermeisterin -

Sönke Körber
- Amtsdirektor / Protokollführer -